Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

23 (27.1.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zurüglich 54 Pfg. Zustell-geld. — Einzeinummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badifcher Landomann

gegriinbet 1896



Guddeutiche Beimatzeitung

für ben Albgan

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. - (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25 auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Samstag, ben 27. Januar 1951

91r. 23

Ist noch Hoffnung für Flade?

Pieck lehnt Emplang von Studenten ab Berlin (UP). Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, hat das Ersuchen der Studentenvertretung der Technischen Hochschule Berlin um Empfang einer Delegation zur Intervention für den zum Tode verurteilten Schüler Plade abgelehnt. In einem Schreiben betont die Präsidialkanzleit "Da das Verfahren gegen Flade rechtskräftig sicht abgeschlossen ist und der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik in Wahrung rechtsstaatlicher Grundsütze in schwe-bende Verfahren nicht eingreift, erührigt sich der von ihnen gewünschte Empfang einer

Die Studentenvertretung der TH Berlin äußerte dazu, man sei erfreut über die Fest-stellung, daß das Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen sei und werde weiter für Flade kämpfen.

Im Namen von eineinhalb Millionen jungen Gewerkschaftsmitgliedern richtete auch die Hauptabtellung Jugend beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftebundes Tele-gramme an Präsident Pieck und Ministerpräsident Grotewohl, in denen gegen das "un-menschliche Urteil" protestiert und die Er-wartung ausgesprochen wird, daß das Urteil

"Sabotage-Schule in Baden-Baden" "Geständnisse" in Belgrader Proxes

Belgrad (UP). Im Hochverratsprozeß gestanden einige Angeklagte, "nach Ausbildung auf französischen Sabotageschulen in Paris und Baden-Baden nach Jugoslawien gekommen zu sein, um dort einen royalistischen Aufstand anzuzetteln. Es handelt sich bei die-sen Angeklagten ausnahmslos um Offiziere der chemaligen königlich - Jugoslawischen Armee, die nach dem Kriege emigrierten und 1949 ins Land zurückkehrten. Einer von ihnen sagte rus, Exkönig Peter von Jugoslawien habe die Pariser "Sabotageschule" allein während seines Lehrgangs zweimal besucht. Beim zweiten Male habe er den Lehrgangstellnehmern geragt, ale würden bald über die Grenze gebracht de der "geeignete Mennent" gekommen

Geheimer Kriegsrat im Kreml? Mit Mao Tse Tung, Therez und Togliatti

Formosa (UP). "Der Staatspräsident des kommunistischen Chinas oder ein anderer hober Vertreter der Peipinger Regierung befindet sich zur Zeit in Moskau, um dort über die Lage in Korea Besprechungen zu führen", heißt es in Berichten, die dem Gebeimdienst der nationalchinesischen Regierung zugegangen sind. Aus die n Informationen soll hervorgehen, daß zur Zeit ein Kriegsrat in Moskau abgehalten werde. An diesem nähmen außer einem hohen Vertreter Peipings weitere ausländische Kommunisten, wie Thorez (Frankreich) und Togliatti (Italien) teil.

Nationalchinesische Kreise sind der Ansicht, daß die seit einigen Wochen in Korea eingetretene Stagnation an den Fronten im Zusammenhang mit den Besprechungen in Moskau stehe.

USA-Diplomatenkonferenz in Paris. Leitende in den Staaten hinter dem "Eisernen Vorhang" akkreditierte US-Diplomaten werden in der kommenden Woche in Paris zusammentreffen, um über die Fragen zu bera-Weltkrieg heraufbeschwören? Wenn ja ,wann?"

Baudouin ernennt neuen Grafen. Prinz Bautischen Berater König Leopolds von Belgien. Professor Pirenne in den Grafenstand.

Paris verspricht Gleichberechtigung

Bundesrepublik zu Besprechungen über Europa-Armee eingeladen - Bonn antwortet nädiste Woche

Bad Godesberg (UP). Die vellständige Gleichberechtigung Westdeutschlands in der von Frankreich vorgeschlagenen Europa-Ar-mee sicherte der stellvertretende französische Hohe Kommissar Berard im Namen seiner Regierung auf einer Pressekonferenz in Bad Godesberg zu. Berard versicherte, daß die Bundesrepublik sehon als vollkommen gleichherechtigter Partner an den Pariser Vertel-digungsbesprechungen tellnehmen könne, wenn Bonn die soeben ergangene Einladung Frankreichs zur Entsendung einer Delegation an-

Berard betonte weiter, daß zwischen dem Beginn der Beratungen über die Bildung einer Europa-Armee und dem Abschluß der Be-sprechungen über den Schuman-Plan kein direkter Zusammenhang bestehe, obwohl die französische Regierung es begrüßt hätte, wenn der Schuman-Plan vor der Aufnahme solcher Besprechungen unterzeichnet worden wäre

Die französische Regierung hat alle euro-päischen Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes sowie Westdeutschland für den 6. Februar zu gemeinsamen Verteidigungskonferenz nach Paris eingeladen, auf der über die Bildung einer Europa-Armee als integrierenden Bestandteil der Atlantik-Armee beraten werden soll. Die USA und Kanada sind aufgefordert worden, Beobachter zu entsend

Der Vorschlag Frankreichs stützt sich auf den von Ministerpräsident Pleven schon im Oktober vorigen Jahres vorgetragenen Plan. der die Bildung einer gemeinsamen Armee, die Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungsministers und eines europäischen Ver-teidigungsbudgets vorsieht. Der Verteidigungsminister soll einem von allen Mitgliedstaaten geblideten Ministerrat verantwortlich sein. Die Europa-Armee würde einer parlamentarischen Kontrollinstanz - etwa dem Europe-Rat - unterworfen werden.

Die Bundesregierung wird — wie aus dem Bundeskansleramt verlaufet — die Einladung, die zur gleichen Stunde und im gleichen Wortlaut auch den anderen beteiligten Regieru ruging in der kommenden Woche formell be-antworten. Zunächst sollen noch einige tech-nische Vorfragen geklärt werden. Die Ant-wort Bonns dürfte aber vermutlich positiv .Etwas verstaubt"

Mit "Befremden" äußerte sich SPD-Vorsitzender Schumacher in Heidelberg über die Einladung der französischen Regierung, über die Schaffung einer Europa-Armee zu verhandeln. Diese Konferenz werde in ihren Ergebnissen kaum befriedigend sein. Es sei eigentümlich, daß die französische Regierung gerade zu einem Zeitpunkt einlade, da der Pleven-Vorschlag nach dem Besuch von General Eisenhower "etwas verstaubt" erscheine. Zu der Begegnung deutscher Politiker mit General Eisenhower bemerkte Schumacher, der zweite SPD-Vorsitzende Ollenhauer habe dem Ober-kommandierenden der Atlantikpaktstreitkräfte den Standpunkt der SPD genau erläutert und sehr vici Verständnis gefunden.

Zur Frage der Zwei-Parteien-Wehrpolitik sagte der Oppositionsführer, die SPD habe den Willen, zu einer nationalpolitischen einheitlichen Linie zu kommen. Er habe jetzt den Eindruck, daß die Bundesregierung auf diesem Gebiet eine Verständigung mit der Opposition herbeiführen wolle, wobei die SPD von den dazu notwendigen Voraussetzungen auf keinen Fall abgehen werde.

In Heidelberg ...

General Eisenhower hat, wie bekannt wird, dem Bundeskanzler und anderen deutschen Persönlichkeiten am vergangenen Montag mitgeteilt, daß er sein vorgeachobenes Haupt-quartier in Heidelberg — ostwärts des Rheins und nur 150 Luftkilometer von der Grenze zur Sowjetzone entfernt — aufschlagen wolle. Adenauer hat diese Mitteilung mit großer Befriedigung aufgenommen. Die Bundesregierung sieht darin einen großen psychologischen Fortschritt. Das Oberkommando Eisenhowers wird allerdings weiter westlich - ver-mutlich in Frankreich - eingerichtet.

Auf dem Petersberg

Ungsachtet der französischen Etnladung zu den Pariser Verfeldigungsbesprechungen nah-men die deutsch-alliferten Sachverständigen thre Arbeit wieder auf und trafen zu einer mehr als zweistündigen Konferenz über die technischen Möglichkeiten und Voraussetzun-gen eines westdeutschen Verteidigungsbeitra-ges auf dem Petersberg zusammen.

"Innere Kraft" soll erhöht werden

Bonn (UP). Vor dem Kabinett und den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien berichtete Bundeskanzler Adenauer über seine Vermittlung im Streit um das Mitbestimngerecht bei Kohle und Eisen. Nach einer susführlichen Aussprache wurde sein Vorrehen weitgehend gehilligt.

Staatssekretär Hallstein gab im weiteren Verlauf der Sitzung der Hoffnung Ausdruck, taß der Vertrag zum Schumanplan in nächster Zeit paraphlert werden könne. Die Konferenzteilnehmer unterstützten einstimmig den Wunsch des Bundesinnenministers Lehr, beschleunigt Maßnahmen zu ergreifen, die gesignet sind, die innere Kraft der Bundesrepublik zu erhöhen. Auch die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik war Gegenstand einer längeren Debatte. Zur Ernährungslage stellte Bundesernährungsminister Niklas fest, daß die landwirtschaftliche Produktion Deutschland etwa wieder den Friedensstand erreicht habe.

Wie ein Sprecher der Bundesregierung mitteilte, wird sich das Kabinett in der kommenden Woche mit zwei Gesetzentwürfen über die Erhöhung der Arbeitslosen- und der Arbeitslosenfürsorgeunterstützung befassen,

Zwei Vertreter der Gewerkschaften und zwei Beauftragte der Unternehmerverbände bega nen Beratungen über Einzelheiten des Mitbestimmungsrechts in der Montanindustrie, nachdem es am Tage vorher zu einer Eini-gung über grundsätzliche Fragen gekommen war. Ein entsprechendes Bundesgesetz zur gesetzlichen Regelung dieser Fragen soll in Kürze den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden. Wann das Gesetz in Kraft treten kann, hängt jedoch, wie von seiten der Bundesregierung verlautet, von der Außerbraft-setzung des alliierten Gesetzes Nummer 27 über die deutsche Kohle-, Eisen- und Stahl-

Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist für den 29. Januar nach Düsseldorf einberufen worden. Er wird das Ergebnis der Bonner Mitbestimmungsverhandlungen prüfen und entscheiden, ob dieses Ergebnis den Forderungen der Gewerkschaften nach Regelung des Mitbestimmungsrechtes in den Grundstoffindustrien entspricht. Von der Entscheidung des Bundesausschusses wird es abhängen, ob es zu einem Streik in der elsen- und stahlerzeugenden Industrie und im Bergbau kommen wird.

Am Geburtstag ...

Der Gattin des Bundespräsidenten sind aus dem Aniaß ihres Geburtstages überaus zahlreiche Glückwünsche dargebracht worden, in denen die Anerkennung für das karitative und politische Wirken von Prau Elly Heuss-Knapp zum Ausdruck kam. Neben den Grüßen aus den Beihen der verschiedenen Parteien, aus den Frauengruppen aller Wohlfahrtsverblinde grutulierten der Bundeskanzier, die Bundesninister und Ministerpräsidenten, der Präsident und ehemalige Kollegen des württemberg-badischen Landtages.

Taylor verabschiedet sich von Berlin. In einer vom RIAS übertragenen Ansprache nahm der bisherige Stadtkommandant von Berlin, General Taylor, von der Berliner Bevölke-

Peru beendet Kriegszustand, Beide Häuser des peruanischen Kongresses traten zu einer gemeinsamen Sondersitzung zusammen und verabschiedeten eine Resolution, in der der Kriegszustand mit Deutschland für beendet

Das tödliche Telegramm

Starb Präsident Roosevelt im Jahre 1945 an einem Gehirnschlag, als ein Telegramm Stalins in ihm die erschreckende Erkenntnis auslöste, daß er der Sowjetunion und dem deutschen Feinde gegenüber eine völlig verkehrte Politik betrieben und die Russen falsch bourtellt hatte?

Verschiedene amerikanische Politiker, die dem Stabe Roosevelts angehörten und damals ständig um ihn waren, behaupteten das schon bei Kriegsende, doch wurde die Sache damals im Interesse der Alliierten vertuscht. Jetzt scheinen die Memoiren eines Angehörigen des deutschen Geheimdienstes, der sich unter dem Pseudonym Walter Hagen* verbirgt, diese Version zu bekräftigen und gleichzeitig die Hintergründe aufzuhellen, die zu der Kontroverse Roosevelt-Stalin und zu dessen Telegramm geführt haben

Schon im Jahre 1944 war es der deutschen Abwehr bekannt, daß der alliierte Generalstab einen längeren Wiederstandskampf der Deutschen im Alpenraum befürchtete. Man nahm an, Hitler habe die Alpen zu einer gewaltigen unterirdischen Festung ausbauen lassen, deren Vernichtung nach erfolgter Besetzung Deutschlands die Alliierten viel Zeit und Ströme von Blut kosten würde. In Wirklichkeit aber existierte die sogenannte Alpenfestung gar nicht; lediglich die Gauleiter von Tirol und Kärnten, Hofer und Dr. Rainer, hatten Hitler einmal ein Memorandum über die Verteidigung der Alpen eingereicht und auch mit einer entsprechenden Planung begonnen.

Wie weit die Befürchtungen der Alliierten durch Tendenzmeldungen seitens der deutschen Abwehr künstlich geschürt wurden, ist nicht mehr festzustellen. Sicher ist nur, daß sich verschiedene militärische und politische Gruppen auf deutscher Seite, die davon erfuhren, die Sache zunutze machten und mit den Alliierten Verhandlungen führten, die auf eine Kapitulation der deutschen Südarmee und kampflose Übergabe der nicht bestehenden

.Alpenfestung" hinausliefen. Es waren dies einmal Angehörige des deutschen Geheimdienstes, die sich mit der österreichischen Freiheitsbewegung zusammengetan hatten und von denen auch Generaloberst Löhr und Generaloberst Rendulie ins Fertrauen gezogen worden waren. Zum zweiten bemühte sich der deutsche Botschafter bei Mussolini, Dr. Rudolf Rahn, und zum dritten der SD-General Kaltenbrunner um eine Verständigung mit der Feindseite. Am meisten Smoig hatte Dr. Rahn, dem es gelang, den SS-General Karl Wolff in die Schweiz zu entsenden, wo dieser mit dem Chef der dortigen amerikanischen OSS und gleichzeitigem Sonderbeauftragten Roosevelts, Allan Dulles, Fühlung nahm.

Vermittler bei dieser Aktion spielten der Maillinder Erzbischof Schuster, der italienische Baron Parilli, der deutsche Oberst Dr. Dollmann, der Schweizer Professor Max Huamann und der Major des Schwelzer Geheimdienstes, Max Waibel. Die entscheidenden Unterredungen fanden - teilweise im Beisein von Paul Blum, Chef der Schweizer Sektion des US Strategic Service im Züricher Rotary-Club und dann in der Wohnung von Professor Husmann statt. Als Zeichen ihres guten Verhandlungswillens mußten die Deutschen zwei gefangene italienische Partisanenführer freilassen; dann erst erklärte sich Dulles bereit, in direkte Kapitulationsbesprechungen einzutreten.

Dem Amerikaner ging es vor allem um die kampflose Preisgabe der "Alpenfestung", Bewahrung Oberitaliens vor weiteren Kriegsschäden und Abwendung eines möglichen sowjetischen Einmarsches nach Italien von Jugoslawien aus, den Deutschen um die Schonung ihrer Truppen durch baldige Kapitulation. Anfang März 1945 wurde dann in dem Züricher Büro eines Herrn von Gävernitz der Vorvertragsentwurf ausgefertigt. Kaltenbrunner, der von Wolffs Schweizer Reisen gehört hatte, wollte sich inrwischen einschalten und verbot über Himmler, den er informierte, Wolff alle welteren Verhandlungen. Dieser sprach dann persönlich bei dem "Reichsführer SS" vor, erlangte wahrscheinlich auch dessen Zustimmung, denn er führte später die Besprechungen fort; über das Ergebnis einer weiteren Unterredung mit Hitler selber ist nichts bekannt geworden. Wie dem auch sei, dem Unternehmen "Kreuzworträtsel Sonnenaufgang" war Erfolg beschieden, und am 27, April wurde in Caserta die Kapitulationsurkunde der deutschen Südarmee unterschrieben.

Zwischenzeitlich hatte sich aber folgendes abgespielt: Der Oberbefehlshaber der Alliierten in Italien, General Alexander, benachrichtigte die US-Botschaft in Moskau über die Verhandlungen mit Wolff. Botschafter Harriman gab den Inhalt an Molotow weiter, und dieser erkannte sofort die Nachteile, die

"Offensive mit begrenzten Zielen

Alliferie seizen gewaltsame Aufklarung fort - Bis 25 km an Seoul berangekommen

Tokio. Mit einer "Offensive mit begrenzten Zielen" setzten die Alliierten in Westkorea entlang einer beinahe hundert Kilometer langen Front ihre gewaltsame Aufklärung fort. um hinter das kommunistische Versteckspleien in den letzten drei Wochen zu kommen. Drei starke Panzerkolonnen drangen dabei bis auf 25 Kilometer an Scoul heran und besetzten die Städte Suwon, den Flugplatz dieser Stadt und den Straßenkreozungspunkt Kumjangmng im Westen, sowie Itschon, Yujo und Wonju am östlichen Ende der Frent.

In dem Kommuniqué der 8. Armee wird be-richtet, daß diese Operation von starken Kräften zweier Armeekorps durchgeführt worden sei. Nur südlich von Kumjangjang und 16 Kilometer östlich von Suwon waren die allilerten Truppen auf kommunistischen Widerstand ge-

Spähtrupps der Allilerten drangen nach der Besetzung Wonjus weitere 16 Kilometer nach

Der Hafen von Intachon wurde erneut von allilerten Kriegsschiffen unter Beschuß ge-Das Hauptquartier der 5. alliierten Luft-

flotte meldet, daß über 300 Flüge gegen kommunistische Ziele durchgeführt worden selen, so daß es den Anschein hat, als ob die Offensive durch besonders starke Luftoperationen unterstützt werden soll. Die Angriffe richteten sich in der Hauptsache gegen Suntschon und Tschuntschon sowie die Umgebung von

MacArthur 71 Jahre alt

General MacArthur nahm einen kurzen Urlaub von seinen militärischen Pflichten, um seinen 71. Geburtstag zu feiern. Aus allen Teilen der Welt erhielt der General zu diesem festlichen Anlaß Glückwunschtelegramme.

Vietminh-Bataillon aufgerieben Franzosen melden neuen Erfolg

Saigon (UP). Französische Streitkräfte

naben, wie das Indochina-Hauptquartier bekanntgibt, etwa 35 Kilometer östlich von Hanoi ein Bataillon der Vietminh angegriffen und nahezu vollkommen aufgerieben. 30 Kommunisten wurden gefangen genommen.

der imperialistischen Politik des Kreml aus der Kapitulation der deutschen Südarmee erwachsen würden: Die Rote Armee würde nicht nach Italien eindringen und sich am Mittelmeer festsetzen können. Er verlangte darum unverzügliche Zuziehung dreier sowjetischer Generale zu den Besprechungen, die sich gerade in Paris befanden.

Nun bestanden aber damals keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der UdSSR. Die Sowjetgenerale konnten also nicht zu den Verhandlungen nach Zürich reisen. Diesen Umstand machte sich Washington zunutze und lehnte mit höflichem Bedauern das russische Ersuchen ab. Daraufhin protestierte Molotow und verlangte, die Amerikaner sollten sofort die Besprechungen mit SS-General Wolff abbrechen. Doch auch diesmal blieb das Weiße Haus hart und wies diese Zumutung zurück.

Nun nahm Stalln persönlich die Angelegenheit in die Hände. Er richtete an Roosevelt ein dringendes Telegramm und warf ihm Verletzung der Bündnispflichten vor: Da die USA im Falle Wolff vertragswidrig gehandelt hätten, werde er auch im Falle Polen nach eigenem Gutdünken und selbständig handeln — Amerika hatte nämlich Ruffland einige Zeit zuvor vorgeworfen, es würde sich in dem von ihm besetzten Polen nicht an die Bestimmungen halten, die zwischen Moskau und Washington für die Behandlung dieses Landes getroffen worden seien.

Roosevelt geriet über dieses Telegramm, das die ganze Rücksichtslosigkeit und den kalten Machtwillen der sowjetischen Politik offenbarte, in große Erregung. Er mag wohl erkannt haben, daß er seit Jalta eine abwegige Politik vertreten hatte. Als er das Telegramm beantworten wollte, traf ihn ein Gehirnschlag.

Stalin erreichte trotzdem sein Ziel nicht:
Den Frieden hinauszuzögern und die russische
Front noch weiter nach Westen zu verschieben
und über Jugoslawien nach Italien einzumarschieren. Gleichwohl blieben ihm genug
Trümpfe in der Hand. Roosevelts Nachfolger,
nicht in alle Gebelmabmachungen seines Vorgängers mit Stalin in Jalta eingeweiht, hatte
diesem gegenüber in Potsdam einen schweren
Stand und mußte ihm Zugeständnisse machen,
die vielleicht hätten verhindert werden können. Roosevelts Politik aber trug in der Folgezeit ihre weiteren Früchte: Den "Kalten
Krieg", die Berliner Blockade und zum Schluß
Korea.

* Walter Hagen. "Die gebeime Pront", Nibelungenverlag, Linz.

Zwei Züge aufeinandergerast. Zwei elektrisch betriebene Eisenbahnztige stießen in der Nähe von Lissabon in voller Fahrt zusammen. Nach den bisherigen Ermittlungen wurden ein Reisender getötet und 40 verletzt.

"Fliegende Untertasse" über Schweden? Das schwedische Verteidigungsministerium bestätigte offiziell, daß ein hell leuchtender Gegenstand", der sich in sehr großer Höhe bewegt habe, im Norden der südschwedischen Provinz Schonen beobachtet worden sei.

Explosion im Pulverlager, in einem Pulverlager bei New York ereignete sich eine schwere Explosion, wobei vier Personen getötet und neun verletzt wurden.

Urenkelin Mendelssohns tot aufgefunden. Die New Yorker Polizei berichtet, daß die 51jährige Schauspielerin Eleonore von Mendelssohn, Urenkelin des Komponisten Felix Mendelssohn, in ihrer New Yorker Wohnung tot aufgefunden wurde. Die Polizei vermutet "Unglücksfall" durch Schlaftabletten.

"Kein anderer Weg als Aufrüstung"

Attiee warnt das britische Volk - Schwere Anklagen gegen Moskau

J.v.F. London. In einer Ansprache an das britische Volk stellte Ministerpräsident Attlee fest, daß das Leben und die Lebensart aller Briten von dem sowjetischen Imperialismus bedroht werden. Er forderte das Volk auf, weilere Opfer auf sich zu nehmen und sich darauf vorzubereiten, Leben und Freiheit zu verteldigen, wenn sie angegriffen werden.

Attlee nannte ganz offen die Sowjetunion als den möglichen Angreifer. Mit ihren über ganz Osteuropa verteilten 175 Divisionen bedeute sie eine große Bedrohung des Friedens. "Ich glaube nicht, daß ein Weltkrieg unvermeidlich ist", sagte Attlee, "aber die Handlungen der Sowjetunion zeigen klar die Gefahren für die Demokratien auf, falls diese nicht stark genug sind."

Der tritische Ministerpräsident beschuldigte die Sowjetunion, daß sie als einziger der Weltkriegsalliierten nicht den Weg des Friedens beschritten habe. Alle Versuche der Vereinten Nationen, die Probleme der Welt zu lösen, seien an dem sowjetischen "Nein" gescheitert. De utschland sei ein ganz besonderer Gefahrenpunkt.

"Hier versucht", so betonte Attlee, "die Sowjetunion ihr Möglichstes zu tun, um Ostdeutschland in die Stellung eines Satelliten herabzudrücken. Die Sowjets haben viele Tausende bewaffnete Männer in halbmilitärische Formationen eingereiht, obwohl die Sowjetunion heftig gegen jeden Vorschlag protestiert, der darauf hinzielt, Westdeutschland nicht vollkommen hilf- und verteidigungslos zu

Sowjetische Proteste, die behaupteten, in Westdeutschland werde der "Nazismus" wieder aufgerüstet, seien schal und unehrlich: in Westdeutschland sei der "Nazismus" ausgerottet worden, in Ostdeutschland würden seine Anhänger in die sowjetisch beherrschten Streitkräfte eingereiht.

Der britische Ministerpräsident erklärte zum Schluß, seine Regierung habe die Lage von allen Seiten betrachtet und sei zu der Schlußfolgerung gekommen, daß es keinen anderen Weg als die Aufrüstung gebe.

Gegen Europa-Parlament Großbritannien hat den eif andern Mitgliedstaaten des Europarates mitgeteilt, daß es gegen die gegenwärtigen Bemühungen, aus der Beratenden Versammlung des Europarates ein wirkliches europäisches Parlament mit Legislativbefugnissen zu machen, nachdrücklich opponiere. Aus gut unterrichteten Kreisen Londons verlautet, Großbritannien habe angekündigt, daß es seinen Delegierten aus dem Ausschuß, der gegenwärtig einen Bericht über eine Reform des Europarates ausarbeitet, zurückziehen werde, falls von dersetigen Parlamentsplänen nicht Abstand genommen werde.

Die Beratende Versammlung des Europarates hat gegenwärtig nur beratende Funktionen und ist streng genommen nicht viel mehr als ein Debattierklub, während die wirklichen Befugnisse in den Händen des Ministerausschusses des Europarates liegen.

Pleischkorb höher gehängt

Die wöchentliche Fleischration in Großbritannien wird mit Wirkung vom 4. Februar um zwei Pence auf acht Pence — etwa 39 Pfennig — pro Woche herabgesetzt. Diese Kürzung bezieht zich nur auf Frischfleisch. Als Ausgleich ist eine pisätzliche Zuteilung von Fleischkonserven im Werte von zwei Pence pro Person und Woche angeordnet worden. Ernährungsminister Webb betonte, daß seiner Ansicht nach nicht mit einer weiteren Kürzung der Fleischration zu rechnen sel, falls nicht unvorhergesehene Komplikationen einträten.

Eisenhower "sehr ermutigt"

In der kanadischen Hauptstadt eingetroffen
Ottawa (UP). General Eisenhower traf in
Ottawa ein, um mit der kanadischen Regierung Besprechungen über den Beitrag Kanadas zur gemeinsamen Verteidigung der Atlantikpaktmichte zu führen. "Unser Ziel ist der
Frieden, aber nur durch Stärke kann Frieden
erlangt werden", sagte Eisenhower bei seiner
Ankunft, "Ich habe meine Aufgabe nur übernommen, weil Ich davon überzeugt bin, daß
der Frieden das Ziel der Atlantikpaktmächte
ist."

Über seine Europareise sagte Eisenbower, die Tatsache, daß die europäischen Länder sich der Größe der gegenwärtigen Gefahr bewußt seien, habe ihn sehr ermutigt.

wußt seien, habe ihn sehr ermutigt.
Wie aus Washington verlautet, ist die regelmäßige Pressekonferenz Präsident Trumans,
die sonst jeden Donnerstag stattfindet, für
näthste Woche abgesagt worden, da Eisenhower dem Kongreß an diesem Tag über seine
euronäische Reise berichten wird.

einer längeren Debatte und beschloß, am Samstag vormittag wieder zusammenzutreten. Eine Abstimmung fand nicht statt.

Pleven am Montag bei Truman

Staatspräsident Auriol folgt Ende März — Paris (UP). Wie hier amtlich verlautet, wird der Präsident der französischen Republik, Vincent Auriol, am 28. März zu einem Staatsbesuch in der amerikanischen Bundeshauptstadt Washington eintreffen. Ministerpräsident Pleven wird am Montag in Washington erwartet. Präsident Truman wird ihn, der am Vormittag mit der Bahn aus New York eintrifft, auf dem Bahnhof begrüßen. Die erste Besprechung soll noch am gleichen Tag im Weißen Haus staitsinden.

Staatspräsident Auriol stellte in einer Rede fest, daß Frankreich entschlossen sei, den Kampf gegen jeden Angreifer aufzunehmen, daß es aber auf der underen Selte alles in seiner Macht Stehende unternehmen werde, um den Frieden zu erhalten.

"Wir werden", so sagte Auriol u. a., "manchmal als ein gespaltenes Land hingesteilt, als ein entmutigtes Land, als ein Land, das nicht in der Lage ist, für seine Unabhängigkeit zu kömpfen, als ein Land, das bereit ist zu kapitulieren. Das ist nicht wahr."

Der Präsident meinte dann, im Auslande werde nicht genügend erkannt, was Frankreich alles durch Invasion, Aggression und Besetzung erduldet und was es bereits für den Wiederaufbau in seinem Lande getan habe.

Wiederaufbau in seinem Lande getan habe.

Im Zuge ihrer Maßnahmen gegen kommunistische Umtriebe hat die französische Regierung den "Weitgewerkschaftsbund", den "Weitbund der demokratischen Jugend" und den "Weitbund demokratischen Frauen", die ihren Sitz in Paris hatten, mit der Begründung aufgelöst, daß diese Gruppen "ihre Rechte" überschritten hätten. Der französische Gewerkschaftsverband "C.G.T." reagierte sofort mit der Ankündigung von Demonstrationen gegen diesen "coup de force" der Regierung. Vertreter aus dem Hauptquartier des "Weitgewerkschaftsbundes" verwiesen darauf, daß ihre Organisation von den Vereinten Nationen anerkannt sei und gaben gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß die französische Regierung ihren Schritt revidieren werde.

Hunderte noch immer abgeschnitten

Flieger versorgen isolierte Ortschaften
Zürich (UP). Vährend die Gefahr neuer
folgenschwerer Unfälle durch Lawinenstürze
vorüber zu sein scheint, sind noch immer
Hunderte von Menschen in verschiedenen
Teilen des Alpengebietes von der Außenweit,
abgeschnitten. Schweizer Militärflugzeuge
stiegen 20 Mal auf, um isolierte Ortschaften
in der Schweiz und Italien mit Lebensmittels
und Medikamenten zu versorgen. In den italienischen Alpen kämpft sich eine Rettungsmannschaft durch Geröll und verschüttete
Wege bis zu dem kleinen Bergdorf Livisno
vor, dessen 1400 Einwohner seit Tagen ohne

In den Tiroler Alpen haben französische Besatzungstruppen mit gutem Erfolg Flammenwerfer zur Beseitigung von Schneeverwehungen auf Straßen und Wegen angewandt. In Innsbruck konnte die Wasserversorgung wieder hergestellt werden.

Mit Flugzeugen evakuiert

Neuer Vulkanausbruch auf Neu Guinea
Port Moresby, Neu Guinea (UP). Bergungstrupps, die im Gebiet des Meunt Lamington nach den 3000 bis 4000 Todesopfern des Vulkanausbruches suchen, berichten, daß sich erneut eine zunehmende Aktivität des Berges bemerkbar mache, bis jetzt aber nur ein mäßig starker Ausbruch zu verzeichnen sei. Die Bergungstrupps durchsuchten zahlreiche Dörfer, ohne einen einzigen Überlebenden zu finden.

Die australische Regierung hat beschlossen, etwa 3000 Eingeborene, die von neuen Ausbrüchen des Mount Lamington bedroht sind, beschleunigt mit Flugreugen zu evakuleren.

Noch keine Abstimmung über US-Antrag

Kanada und Israel tragen neue Kompromißpläne vor

Lake Success (UP). Die Delegierten Kanadas und Israels Irugen im Politischen Ausschuft der Vereinten Nationen Schlichtungspillne für Korea und den Fernen Osten vor, beide Kompromissösungen zwischen dem arabisch-asiatischen Vorschlag auf Einberufung einer Siebenmächtekonferenz und dem amerikanischen Antrag auf Brandmarkung Chinas als Aggressor in Korea darstellen. Zu der erwarteten Abstimmung über den ameri-

kanischen Antrag kam es nicht.

Der amerikanische Antrag auf Brandmarkung Chinas wurde von dem kanadischen
Außenminister Pearson als "voreilig und unklug" bezeichnet. Dennoch werde Kanada
diesen Antrag unterstützen, sagte Pearson.

diesen Antrag unterstützen, sagte Pearson.
Der israelische Delegierte Abba Eban schlug
vor, die Vereinten Nationen sollten China
zwar als Aggressor brandmarken, thre Schlichtungsbemühungen aber dennoch fortsetzen.
Sanktionen gegen die Peiping-Regierung sollten vorerst nicht erwogen werden. Die Brandmarkung Chinas solle als rein politische Angelezenheit behandelt werden.

Der kanadische Fernost-Plan, der von Pharson erläutert, aber nicht formelt als Resolutionsentwurf eingebracht wurde, umfaßt folgende Punkte:

 Einberufung einer Siebenmächte-Konferenz "innerhalb einer Woche".

 Diese Konferenz soll die Vereinigten Staaten, die kommunistische Regierung Chinas und die Korea-Kommission der Vereinten Nationen anweisen, einen Waffenstillstand in Korea abzuschließen.
 Die Konferenz soll den Abzug aller aus-

3. Die Konterenz soll den Abzug aller ausländischen Truppen aus Korea vorbereiten und Maßnahmen zur friedlichen Regelung der Korea-Frage erörtern.

 Die Konferenz soll über andere ungelöste Probleme des Fernen Ostens beraten.
 Weitere Länder sollen, falls notwendig.

 Weitere Länder sollen, falls notwendig, zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen werden.
 B. Dieser Fernost-Plan soll nach Peiping ge-

andt und von der dortigen Regierung innerhalb von 48 Stunden beantwortet werden.

Der Politische Ausschuß vertagte sich nach

DORIS EICKE

Copyright by Verteginsus Seutlinges Certel & Spires

Denn alle Schuld rächt fich auf Erden

Als ich in den Jahren hier Tag für Tag bis zur Erschöpfung schuften mußte, hab ich das Brunnenbühl fast gehaßt, erst in der Freiheit habe ich es wieder lieben gelernt. Kein Mensch schützt die Kette, die ihn bindet, Zwang ist das Ende jeder Liebe Indem du Eugen gerwungen hast zu werden, was er nicht werden wollte, hast du alle Zuneigung zu seiner Heimstatt in ihm erstickt. Pur ihn ist sie nichts anderes mehr als das gehaßte Hindernis für die Art von Glück, die er sich

vorstellt."
"Du nimmst sehr eifrig für Eugen Partei
hat er dich am Ende geschickt?" fragte Ingold
argwöhnisch

"Ich würde mich nicht schicken lassen am wenigsten von ihm Eugen und ich können nichts miteinander anfangen, und das wird zich niemals ändern. Aber man muß versuchen, auch gegen Menschen, die man nicht

mag gerecht zu sein."
"Was meinst du. Meinert, soll ich hierblei-

ben und zuschauen, wie er's treibt?"
"Ja gibt es denn eine andere Möglichkeit?"
"Ich könnte in die Stadt ziehen" versuchte
Ingold so gleichgültig wie möglich zu sagen
"Vater, du könntest dich vom Brunnen-

bühl trennen?"
"Einmal muß es ja doch sein, und vielleicht ist ein rascher, kurzer Abschiedsschmerz besser als ein Jahrelang in sich hineinfressender

"Wenn du das fertigbrüchtest. Vater. das fände ich groß" Und Eugen würde es das Heimkommen sehr erleichtern, sonst hat er immer das Gefühl, daß einer auf ihn aufpaßt"

"Das wäre sicher nötig."
"Könnte aber nichts ändern, denn abgeben beibt auf tedes Mitsprocherocht verzichten Er könnte auch gegen deinen Willen tun, was ihm paßt, unc du würdest an deiner Ohnmacht ersticken."

"Das hast du gut gesagt. Meinert, genau so ist es Vielleicht tue ich es doch" "Hast du schon mit der Mutter darüber

"Hast du schon mit der Mutter darüber gesprochen?" "Nein, der sag ich's, wenn ich mit mir im

"Echt Ingold" dachte Meinerf, aber er schwieg Der Bauer tas ihm ohnehin am Gesicht ab, daß er mit ihm nicht einer Meinung

"Was sollte das nützen?" verteidigte er sich gegen den unausgesprochenen Vorwurf. Das muß ich mit mir allein abmachen."

"Und ihr nachher befehlen mitzukommen der zu bleiben Vater, merkst du gar nicht, wie schwer du es ihr machst, mit dir an einem Strang zu ziehen? Sie ist doch deine Frau, sie hat ein ganzes Leben lang für dich gearbeitet, und ohne ihre treue Hilfe wäre das Brunnenbühl nie, was es ist. Du hast sie mit Pflichten überhäuft, aber Rechte hast du hr nie gegeben nicht als Frau, nicht als Mutter und erst recht nicht als Bäuerin."

"Rechte?" fragte Ingold verblüfft, "wofür brau"ht sie die?" "Um sich nicht wie ein Stück Holz zu füh-

"Um sich nicht wie ein Stück Holz zu fühien, das man nach seinem Willen ma! in die
mal in die andere Ecke stellen kann" kinng
es von der Tür her bitter Rösiy Ingold stand
dort und schaute mit brennenden Augen von
einem zum anderen.

Stehst du schon lange da?" wollte Ingold wissen. Lang genug Komm. Meinert, die Suppe

"teht schon auf dem Tisch und Ingold tut es nicht gut, soviel zu reden." "Bielbst du ein paar Tage?" fragte des Kranke hastig "Diesmal nicht. Ich muß noch heute abend zu einer Besprechung in Basei sein. Aber ich komme wieder, Vater."

Ingold schaute lange auf die geschiossene Tür.

"Sie ist eifersüchtig, daß er solange bei mir war, aber er hängt doch noch an mir" dachte er befriedigt. Das viele Sprechen hatte ihn tatsächlich über Gebühr angestrengt. Als Rösly ihm das Essen brachte, schlief er fest. Leise schloß sie die Tür und huschte die wohlvertraute Treppe hinunter zu Meinert—ihrem Sohn.

10. Kapitel

Ingold, der solange unschlüssig zwischen dem Für und Wider seines Fortzugs von Fundlach geschwankt hatte, wurde sich nicht bewußt, daß Meinerts Meinung dem Zunglein an der Waage den Ausschlag gegeben hatte Er war zu selbstbewußt, um zu glauben, daß irgend Jemand ihn bei einer so wichtigen Entscheidung beeinflussen könnte Als er acht Tage später wieder aufstand gab er Rösty seinen Entschluß bekannt Die Erleichterung, mit der sie ihn aufnahm, verdroß ihn sofort, wie immer, wenn jemand seiner Ansicht nach, zu wenig Anhängischkeit an das Brunnenbihl zeigte Eugen teilte er die veränderte Sachlage schriftlich mit Er traute sich die Kruft nicht zu, seinen kalten Triumph mitanschen zu müssen

"Der Alte geht mir aus dem Weg das ist ein guter Bericht", so etwa würde er denken Wie alles äußere Gestalten seines Lebens, führte Ingold auch diesen Plan mit aller Tatkraft durch.

In mehreren großen Tageszeitungen erschien ein Inserat, in dem iemand unter der Anonymität einer Chiffre ein Häuschen in einer städtischen Gemeinde zu kaufen suchte. Die Bedingung war, daß es wenigstens teilweise bis 1 Oktober freigemacht würde

Der Tod eines alten Junggesellen gab ihm das gewünschte Objekt an Hand Es war ein hübsches Häuschen mit vier Zimmern Küche und Baderaum und hatte – was Ingold fast am wichtigsten war – einen für stüdtische Verhältnisse ziemlich großen Garten Es ing in einem Städtchen zwischen Zürich und Basel, weit genug von Bundlach entfernt, um für einen alten, sparsamen Bauern die Versuchung allzu häufigen Hinfahrens auszuschalten Bei der Besichtigung nahm er Rösty mit Es war das erstemal seit ihrer winzigen Hochzeitsreise, daß sie mit ihm im Zuge saß. Warum er dies tat, blieb unerfindlich, da sich nachher beim endgultigen Entscheid und Kaufabschluß, zeigte, daß sie in keinem Punkte um ihre Meinung getragt worden war Aus lebenslanger Gewohnheit kannte sie die ihr auferzwungenen Grenzen, so daß es ihr nicht schwerfiel, sich auch diesmal zu bescheiden

Gottfried ließ es sich nicht nehmen, seinem alten Bauern noch den Umzug machen zu nelfen, und da er anderswo keinen Platz fand, ließ er sich in dem nicht restlos gefüllten Möbelauto einsperren Es war da zwartockdunkei und die Luft etwas knapp, aber die Türe war mit einer Kette so verschlossen, daß er durch eine Spalte immer, etwas Zufuhr bekam Er war froh, daß er vor dem Bauern abdampfen konnte, denn dessen Abschied vom Brunnenbühl mitzuerleben, hätte ihm das Herz zerrissen Außerdem war Eugen schon da, und die beiden haßten sich wie Gift und Galle

Auch Rösty wollte diesen Abschied nicht sehen, vieileicht fürchtete sie, dall dann der künstliche Eispanzer, mit dem sie seit lahren ihr Herz umgab, einen Sprung bekommen würde Sie wagte nicht, sich vorrustellen, wie es in Ingold aussah und war froh, sis ihr die Ausrede einfiel, auf dem Weg zum Bahnhof noch von den Familiengrübern Abschied zu nehmen Nachdem sie immer wieder alle Hände geschüttelt und sich von Eugen kühl verabschiedet hatte machte sie sich eine halbe Stunde früher, als nötig, auf den

An der Straßenbiegung blieb sie noch einmal stehen und schaute zurückt obwohl sie sich heilig vorgenommen, diesem ihrem Gefängnis keine Träne nachzuweinen, stürzten sie nun doch in breiten Fluten über ihr Gesicht Fortsetzung folgt.

Umschau in Karlsruhe

Storch rum Mithestimmungsrecht

Karlaruhe (lwb). Bundesarbeitsminister Anton Storch erklärte auf einer CDU-Versammlung in Karlsruhe, das Mitbestimmungsrecht könne nur dann einen Sinn und einen Wert haben, wenn es vom höchsten Vertrauen der Parteien zueinander getragen zu einem "Grundgesetz der Arbeit" werde. Die Zeit des Klassenkampfes müsse endlich vorbei sein. In der letzten Zeit sei gerade von der Gruppe am stärksten "geschossen" worden, die nach der Beseitigung des Klassenkampfes keine Existenz mehr hatte. – Zur Arbeitslosigkeit sagte er, dieses Problem könne erst dann restlos gelöst werden, wenn die Welt mit den unsinnigen Demontagen aufhöre und en gelinge, die große Zahl der Ausgewiesenen ich den Arbeitsprozeß einzuschalten.

Karlsruhe und das Verfassungsgericht

Karlsruhe (lwb). Wie Bürgermeister Heurich einem den-Vertreter erklärte, ist die Stadt Karlsruhe für die Aufnahme des Bundesverfassungsgerichts gut vorbereitet. Wenn der Bundestag sich für Karlsruhe entscheiden sollte, werde man das Verfassungsgericht in dem wiederaufgebauten Prinz-Max-Palais unterbringen. Auch für die Wohnungen der Richter set schon gesorgt worden. In dem Wohnraumbeschaffungsplan der Stadt habe man 25 Wohaungen eingesetzt, die jederzeit bezogen werden könnten. Die Wiederaufbauarbeiten am Prinz-Max-Palais stehen vor dem Abschluß, Im Gebäude sind zahlreiche große Büroräume

Ehemaliger Kultminister vor Spruchkammer Karlaruhe (UP). Professor Dr. Schmitthenner, der während des Dritten Reiches Rektor der Universitäten Heidelberg und Freiburg und Kultminister von Baden war, wird sich in Kürze vor der Zentralspruchkammer Nordbaden in Karlsruhe zu verantworten haben Der öffentliche Kläger wird die Einstufung Schmitthenners als "Hauptschuldiger fordern. Das Verfahren gegen den in Konstanz lebenden ehemaligen badischen Kultminister sollte bereits im Jahr 1949 durchgeführt werden, wurde jedoch wieder-bolt wegen Krankheit des Betroffenen verschoben. Wie die Zentralspruchkammer am Freitag bekanntgab, soll die Verhandlung nunmehr — wenn nötig — auch in Abwesen-heit Schmittbenners durchgeführt werden.

Mus der badischen Heimat

Studenten belfen ihren Kommilitonen

Heidelberg (ids). Eine vom Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Heidelberg für die freiheitlichen Studenten der Ostzone und die politischen Flüchtlinge vom 18. bis 25. Januar veranstaltete Sammlung erbrachte über 600 DM. Das Geld soll zu einem Teil an die politischen Flüchtlinge unter den Studie-renden der Universität Heide berg verteilt und zum anderen Teil der Außenstelle Berlin des Referats für gesamtdeutsche Fragen beim Verein Deutscher Studentenschaften überwiesen

Drei Jahre Gefängnis für Schnebelt

Offenburg (ld). Das Schwurgericht Offenburg verarteilte den 35 Jahre alten Kauf-mann Hugo Schnebelt aus Schutterwald bei Offenburg wegen gefährlicher Körperverletrung in vier Fällen und einfacher Körperverletzung in 10 Fällen, begangen im sowie-tischen Kriegsgefangeneninger Nasarowska zu drei Jahren Gefängnis. Der Oberstaatsanwalt hatte sieben Jahre Gefängnis beantragt. vährend die Verteidigung auf Freispruch pläda sich der Angeklagte unter dem ständigen Druck der russischen Lagerleitung in einem besonderen Notstand befunden habe. Landgerichtspräsident Dr. Pfeiffer sagts der Urtellshoselindung, des Gericht hlitte nicht gefühlsmäßig, sondern unter den Gesichtspunkten des Strafrechts urteilen kön-ren. Es habe deshalb in allen Fällen, in de-sen ein konkreter Befehl der Russen vorlag. den Notstand anerkannt und den Angeklagten our für die Fälle verantwortlich gemacht, in denen er es nicht nötig gehalten habe, noch mehr zu tun, als von der russischen Kommandantur vorgeschrieben war.

Zwei Jahre Zuchthaus für Hauser

Baden-Baden (lds). Der frühere Leiter der Kraftfahrzeugstelle beim Landratsamt Bühl, der 25jährige Regierungsinspektor a.D. Hauser wurde nach 18stündiger Verhandlung von der Großen Strafkammer des Landgerichts Baden-Baden wegen Urkundenfälschung im Amt, schwerer Bestechung und gewerbsmäßi-ger Heh'erei zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein Jahr Untersuchungshaft wurde angerechnet. Ein Betrag von 1150 DM aus den Gewinnen der Amtsverbrechen des Verurteilten wird zu Gunsten der Staatskasse eingezogen. Dem Angeklagten, der in der Verhandlung geständig war, wurde vorgeworfen, im Jahre 1949 für neun, bzw. zwölf aus dem Ausland illegal eingeführte Kraftwagen und für zwölf gestohlene Volkswagen in gewinnsüch-tiger Absicht gefälschte Kraftfahrzeugbriefe ausgestellt und die Zulassung dieser Wagen vorschriftswidrig bekundet zu haben. Nach Abwicklung obiger Geschäfte mit dem Schieber-konsortium Schidlof-Bauer kam Hauser in Verbindung mit einem Teil der im Offenburger Volkswagen-Marder-Prozeß inzwischen wegen Diebstahl und Hehlerei Abgeurteilten und besorgte auch diesen falsche Zulassungs-papiere für mindestens zwölf gestohlene, als Aufbauwagen umfrisierte Volkswagen. In seinem Plaidoyer verglich der Anklagevertreter den Hauser-Prozeß mit dem kürzlich stattgehabten Proxed genen den ehemplissen Leiter des Rastatter Requintionsamtes, Otterpont, da es sich in beiden Fällen um schwere Fälle der Beamtenbestechung gehandelt habe. Außerdem gtaubten beide Angeklagte annehmen zu kön-nen, daß ihnen infolge besonders guter Beziehungen zur Besatzungsmacht der Rücken gestärkt gewesen sei. Als strafmildernd berücksichtigte das Gericht die Jugend des Angeklagten, der in einem Alter von 23 Jahren, allerdings ohne seine Schuld auf einen solchen

verantwortungsvotten Beamtenposten ernannt

Drei Zigarettenschmuggler gefaßt

Lörrach (ids) Bei dem Versuch, 11 000 Zigaretten bei Lörrach-Stetten aus der Schweiz das deutsche Bundesgebiet einzuschmuggeln, wurden dieser Tage drei deutsche Grenzbewohner aus Lörrach von Zollbeamten überrascht und festgenommen. Die Schmuggler brachten die Zigaretten, in der Hauptsache amerikanischer, englischer und Schweizer Herkunft, in mehreren großen Kartons über die Grenze. Als sie bei ihrem Treiben entdeckt wurden, versteckten sie die Schmuggelware und suchten das Weite. Nach einiger Zeit, als sie die Luft rein wähnten und die Beute aus

dem Versteck abnolen wollten, wurden sie den auf der Lauer liegenden Zöllnern gestellt und festgenommen.

Edenkobener Diebe verurtellt

Landau (ZSH). In der Revisionsverhandlung gegen die Edenkobener Diebesbande vor der Großen Strafkammer Landau wurden die Angeklagten Johannes Hoffmann zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und Heinrich Sattler zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht gründete sein Urteil auf die Aussagen der Zeugen, da die Angeklagten wie in den bisherigen Verhand-lungen jegliche Schuld ableugneten.

Regierungserklärung gebilligt

Pinanzausgleich überschaffet Länderfinanzen - Mattes attackiert Liberalisierung - Meier weist Angrille der Opposition zurük - Veit kündigt Investitionskredite für Handwerk an

schen Landtag wurde die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt. Finanzmini-ster Dr. Frank erklärte, die Länderfinanzen seien stark von der Bundesfinanzpolitik überschattet. Die größten Gefahren drohten dem Lande von der künftigen Gesetzgebung über den Finanzausgieich.

Auch bei strengster Sparsamkeit seien kaum erhebliche Senkungen der Verwaltungskosten zu erwarten, unter Umständen vielmehr mit einer Erhöhung der Beamtengehälter zu rechnen. Die von den einzelnen Verwaltungen ein-gereichten Vorschläge zu dem neuen Haushalt gingen über die Deckungsmöglichkeiten weit

Kultminister Dr. Schenkel äußerte seine Freude darüber, daß die CDU ihre Mitarbeit am Schulprogramm der Regierung in Aussicht gestellt habe. Dies sei "auch billig, denn sie haben mich ja dazu gebracht, dieses Amt führen zu müssen". Einen Teil seiner Ausführungen widmete der Kultminister dem Verhältnis der Kirche zu den sozialen Problemen Es müsse endlich das Odium beseitigt werden daß Sozialisten und Demokraten keine "rechten Christen" seien. Der Minister trat für zinen Ausbau der Volksschule ein, die die Grundlage der Volkserziehung bilde. Die Aufgabe aller Schulen sei nach seiner Ansicht. nicht Wissen, sondern Gewissen, nicht Kenntisse, sondern Erkenntnisse" zu pflegen. - In ier Debatte kamen anschließend zwei Vertreer der Heimatvertriebenen zu Wort. Dr. Leber CDU-Landesliste) wies darauf hin, daß die instrebte Gleichberechtigung von Alt- und Neubürgern auf dem Wohnungssektor und dem Arbeitsmarkt noch nicht erreicht sei. Der Abgeordnete Riegel (SPD-Göppingen) forderte faß sich alle politischen Kräfte der Vertric-senen für eine internationale Lösung der Flüchtlingsproblems einsetzten.

Außerordentlich kritisch äußerte sich Fraktionsvorsitzende der DG-BHE Dr. Matte: zu der Regierungserklärung. Die Fülle der angeschnittenen Prob'eme sei zu groß für eine Regierung, der vielleicht nur eine kurze Amtsdauer beschieden sei. Es sei eine Illusion, anzunehmen, der Ministerpräsident bestimme im neuen Kabinett die Linie der Politik. Die SPD habe, als sie auf den Ministerpräsidentenposten verzichtete, nichts geopfert, die DVF habe mit dem Ministerpräsidentenposten nichts gewonnen. Dr. Mattes setzte sich für die Verwirklichung des Südweststaates ein. Er bat ferner um Auskunft, ob in der Wirtschaftspolitik ein grundsätzlich anderer Kurs gesteuert werden solle als bisher. Die DG-BHE gegenwärtigen Form ab. Dr. Mattes prophezeite, daß man mit diesem "Importartikel" genau so weit kommen werde, wie man heute bereits mit der Entnazifizierung und der Ent-

militarisierung gekommen sei. Ministerpräsident Dr. Maler befaßte sich eingehend mit der Kritik der Opposition an der Reglerungserklärung Dr. Maler forderte die DG-BHE auf, sich zu entscheiden. ob sie mit den Einheimischen gemeinsam einen Weg suchen wolle, um den Flüchtlingen zu helfen, oder ob sie diese Hilfe den Einhei-nischen abtrotzen wolle. Die Tür zur Teilnahme an der Regierung habe sich die DG-BHE selbst zugeschlagen, als sie kurz nach ien Wahien kategorisch erklärte, sie wolle n Opposition gehen. Er wies den vom Vor-sitzenden der CDU-Fraktion, Wiedemeier, ernobenen Vorwurf entschieden zurück, daß m Staatsministerium "antikatholische Persoaalpolitik" getrieben werde. Der Ministerpräsident betonte, daß von seinen unmittelearen Mitarbeitern fünf der katholischen und

ärei der evangelischen Konfession angehörten. Nach der Rode des Ministerpräsidenten bechloß der Landtag mit den Stimmen SPD und der DVP, die Debatte über die Regierungserklärung zu beenden. Gleichfalls mit ten Stimmen der SPD und DVP werde die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gebilligt. Eine Entschließung der DG-BHE, n der verlangt wurde, daß der Landtag zum gegenwärtigen Zeitpunkt jede Teilnahme Deutscher an der Bildung militärischer Fornationen ablehnen solle, wurde auf Antrag der DVP als durch die Regierungserklärung für erledigt erklärt. Eine Entschließung der DG-BHE zur raschen Bildung des Südwest-staates und ein Initiativgesetzentwurf über die Weitergewährung einer befristeten Sonderzulage für Beamte wurden an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Forner teilte Wirtschaftsminister Dr. Veit

dem Landtag mit, daß das Bundeswirtschaftsministerium einige Vorhaben exportintensiven Handwerksbetriebe in Württemberg-Baden überprüfen und die entsprechenden Anträge zur Gewährung von Investitionskrediten gegebenenfalls weitergeben wolle. Die DVP-Fraktion hatte in einer großen Anfrage den Wirtschaftsminister um Auskunft darüber jebeten, warum trotz zahlreicher Anträge von Hendwerksbetrieben noch keine Investitions-kredite in Württemberg-Baden ausgegeben

Der Präsident des Landesarbeitsamtes, Dr. Heinz, wurde vom württemberg-badischen Landtag in geheimer Abstimmung wieder zum Mitzlied der Landesbeamtenztelle zewählt.

Auf Dr. Heinz entfielen 41, auf den von der

DG-BHE vorgeschlagenen Kandidaten Dr. Mansbarth 29 Stimmen. Fünf Zettel waren

Der Landtag wird auf seiner nächsten Sitzung am kommenden Mittwoch voraussichtlich einen dritten Nachtrag zum Staatshaushalt 950/51 behandeln

Besprechung Maler/Lehr über Südweststaat

Stuttgart (lwb). Der württemberg-ba-dische Ministerpräsident Dr. Maier hat Bundesminister Dr. Lehr um eine Besprechung über die Stellungnahme des Bundesinnenmini steriums zur Südweststaatfrage gebeten. Die Rücksprache soll am kommenden Mittwoch in Bonn stattfinden, Dr. Maier wird dabei den Bundesinnenministerüber die Auffassungen von Regierung und Landtag zur Neugliederung im südwestdeutschen Raum unterrichten

Fünf neue Landtagsausschüsse konstituiert

Stuttgart (lwb). Fünf Ausschüsse des württemberg-badischen Landtages traten zu ihren ersten Sitzungen zusammen und wählten ihre Vorstände. Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses wurde Abgeordneter Wilhelm Kleinknecht SPD Ludwigsburg). Der Wirtschafts- und Verkehrsausschuß wählte den Abgeordneten John Hennings (DG-BHE Landesliste) zum Vorsitzenden. Abgeordneter Hermann Wild (DVP Ulm) wurde Vorsitzender des kulturpolitischen, Abgeordneter Franz Wiedemeier (CDU Ulm) Vorsitzender des ständigen und der ehemalige Landwirtschaftsminister Heinrich Stoos (CDU Backnang) Vorsitzender des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses.

Bundesregierung und Südweststaat

Tübingen (lds). Die stautliche Nachrichtenstelle von Württemberg-Hohenzollern teilt mit: "Auf der ersten Sitzung des Bundestags-Ausschusses für innergebietliche Neuordnung, der sich dabei mit dem Gesetz über Volksabstimmung in den drei südwestdeutschen Ländern befaßt hat, hat ein Vertreter des Bundesinnenministeriums erklärt, daß die Frage des Südweststaats mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse zurückgestellt werden möge. Ob es sich hier um einen offiziellen Beschluß der Bundesreglerung oder nur um eine Meinungsdes Bundesinnenm sters han ist nicht klar zu erkennen, das letztere scheint der Fall zu sein. Es ist kaum anzunehmen, daß die Bundesregierung sich zu einem offi-ziellen Rat zur Vertagung auf unbestimmte Zeit hätte entschließen können, nachdem eine Reibe von Bundesministern sich öffentlich für eine baldige Neugliederung der Bundesrepublik eingesetzt habe. Der Ausschuß hat daher auch beschlossen, unbeschtet dieser Meinungsäußerung des Ministers Lehr seine Verhandlungen über die Gesetzentwürfe fort-zusetzen und die drei Regierungschefs ge-beten, auf der nächsten Verhandlung Anfang Februar ihren Standpunkt zu begründen. Eine Sorge, daß durch die Mitteilung des Bundesinnenministers die Behandlung der Gesetz-entwürfe im Bundestag verzögert wird, besteht daher in keiner Weise.

Wirtschafts-Nachrichten

Ober 1,9 Millionen Arbeitslose

Die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet hat erneut zugenommen und ist bis Mitte Januar auf über 1,9 Millionen gestiegen. Am Januar wurden 1911 149 Arbeitslose in der Bundesrepublik gezählt. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Jahresende um 221 160 Personen. Die neue Gesamtarbeitslosenzahl schließt 1 430 602 Männer (Zunahme in 14 Tagen 189 784) und 480 547 Frauen (Zu-nahme 31 376) ein.

Neue Richtpreise für Rohholz

Einer Mittellung der Deutschen Bauernkorrespondenz zufolge haben sich die Richt-preise für Rohbolz-Massensortimente auf Grund des Erlasses der Bundesregierung vom Januar 1951 wie felgt geändert: Der bis-herige Richtpreis für Nadelstammholz wurde um acht Prozent, der für Rotbuchenstamm-bolz um 14, für Nadelfaserholz um neun, für Nadelgrubenholz um 16 Prozent erhöht und der Richtpreis für Buchenfaserholz um vier Prozent ermäßigt. Für die nicht genanntea Holzsortimente (insbesondere alles aubstammholz) bestehen wie bisher keine

Türkei liefert 35 900 Tonnen Tabak

Die Handelsbesprechungen zwischen der türkischen Delegation und Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums haben zu dem Abschluß eines Abkommens geführt, unter dem die Türkei im Laufe der nächsten drei Jahre unter anderem 35 000 Tonnen Tabak liefern wird. Wie das Bundeswirtschaftsministe-rium bekanntgab, wird die Bundesrepublik Austausch hierfür Industrieerzeugnisse nach der Türkei ausführen.

Neue Kurssenkung der DM in Österreich

Die österreichische Nationalbank hat die Kurse der DM erneut herabgesetzt. Der erst festgesetzte Eeinheitskurs für Geld von 387,08 Schilling für 100 DM wurde auf 377, 41 Schilling und für Ware von 394,48 auf 384,61 Schilling und für Ware von 394,61 Schilling und für Ware

Adenauer verhandelt mit Landwirtschaft Bundeskanzler Adenauer hat dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes mit-geteilt, daß er am 17. Februar an einer Sitzung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes und des Deutschen Raiffelsenverbandes teilnehmen werde. Wie verlautet wird der Kanzler bei dieser Gelegenheit Fragen der deutschen Landwirtschaftspolitik erörtern.

Vorläufige Einigung in Königsstein

Wie United Press von halboffizieller Seite erfährt, wurde bei den Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und den öffentlichen Arbeitgebern eine vorläufige Einigung erzielt. Danach werden die Grundbezüge sowie die Teuerungszulagen der öffentlichen Bediensteten bis zu der von der Bundesregierung angekündigten tariflichen Neuregelung weitergezahlt werden. Die Sozialpartner werden voraussichtlich Mitte Februar in Königswinter zu neuen Besprechungen über den Einbau der Teuerungszulagen in die Grundbezüge zusam-mentreffen. Die Sitzung dauert noch an.

Schnelltriebwagen-Verkehr wird ausgebaut

Die Bundesbahn will mit Beginn des Sommerfahrplanes ein neues Schnelltriebwagen-Programm einführen, das zunlichst für die sogenannten Rheintalstrecken anlaufen soll. Die aus Hamburg und Bremen kommenden Schnellverbindungen sollen weiter mit Dampf gefahren, aber in die Schnelltriebwagen-Verbindungen eingebaut werden. Ein weiteres Schnelltriebwagenprogramm soll ab 1. Juli auf den Strecken Hamburg-Würzburg-München in Betrieb genommen werden Die wich-tigsten Fernschnellzüge sollen überdies bestimmte Bezeichnungen erhalten wie "Rheingold-Expre6", "Tauern-Expre6" und "Skan-dinavien-Italien-Expre6".

Mehr Robbaumwolle einzeführt

Nach einer Mittellung der Bremer Baum-wollbörse wurden in das Bundesgebiet im De-zember 1950 114 000 Ballen Rohbaumwolle gegenüber 102 000 Ballen im November impor-

